

Entwurf von vier Positionspapieren für den EVP Kongress

Positionspapier 1

Ein sicheres Europa

Positionspapier 2

Ein Europa für alle: wohlhabend und fair

Positionspapier 3

Ein nachhaltiges Europa

Positionspapier 4

Ein Europa, das unsere Werte und
Interessen weltweit verteidigt

Entwurf des Positionspapiers 1 der EVP

Ein sicheres Europa

Wir Europäer möchten in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit leben. Dank der europäischen Integration und der transatlantischen Zusammenarbeit wurden diese Ziele in mehr als 60 Jahren über alle Erwartungen hinaus erreicht. Herausforderungen gibt es jedoch auch weiterhin, und sie sind dringlicher denn je. Immer noch leben wir an einem der wohlhabendsten, friedlichsten und freiesten Orte der Welt. Dies sollten wir zu schätzen wissen, und wir möchten, dass dies so bleibt. Darum muss Sicherheit für uns Priorität haben, denn Freiheit und Wohlstand sind ohne sie nicht möglich. Es ist die vorrangige Aufgabe der Regierungen und Behörden, ihre Bürger zu schützen und die Rechtsstaatlichkeit in unseren Gesellschaften aufrechtzuerhalten.

Bei den Bemühungen, Europa zu einem sichereren Ort zu machen, steht die politische Familie der EVP an vorderster Front. Denn unsere Mitgliedsparteien vereinen Kompetenz im Bereich der Sicherheit mit einem entschlossenen Bekenntnis zu unseren Werten und mit Verständnis für die Ängste vieler unserer Bürger. Unsere Arbeit wird sich im Wesentlichen auf vier Bereiche konzentrieren: Sicherung der Außengrenzen, Verhinderung illegaler Migration, Bekämpfung des Terrorismus sowie Bekämpfung organisierter Kriminalität und Korruption.

In diesen Bereichen sind die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, eine konsequente Strafverfolgung, starke Nachrichtendienste, ein wirksamer Informationsaustausch und eine starke und widerstandsfähige Zivilgesellschaft, die fest in den Grundwerten der Union verwurzelt ist, eine Voraussetzung für die Aufrechterhaltung und Erhöhung der Sicherheit, in der wir leben. Darüber hinaus müssen wir die internationale Rolle der EU verbessern und stärken. Unsere Union gründet sich auf Werte und ist dem Frieden in der ganzen Welt verpflichtet. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen ihre Zusammenarbeit verbessern und Kapazitäten zur Verbesserung der Stabilität, zur Steigerung des Wohlstands und zur Unterstützung der Rechtsstaatlichkeit in der übrigen Welt weiter ausbauen. Dies ist eine Grundvoraussetzung, um Frieden und Sicherheit in Europa zu gewährleisten.

1. Unsere Außengrenzen sichern

Der Schutz der Außengrenzen der Union, insbesondere der des Schengen-Raums, ist eine Voraussetzung für grenzenloses Reisen und für einen grenzenlosen Binnenmarkt. Außerdem ist er ein Eckpfeiler des Zusammenhalts unserer Gesellschaften. Bewachte und geschützte Grenzen sind eine Säule jedes funktionierenden Staates. Im Schengen-Raum übernehmen wir gemeinsam die Verantwortung für eine wirksame Kontrolle unserer Außengrenzen, damit wir uns in diesem Gebiet weiterhin grenzenlos bewegen können. Ebenso wichtig ist es, die benachbarten Nicht-EU-Staaten beim Schutz ihrer Grenzen zu unterstützen.

In den vergangenen Jahren hat die EVP auf diese Herausforderung entschlossen reagiert. Wir haben die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Regierungen beim Datenaustausch gefördert. Wir sind entschlossen, diese Anstrengungen zu bündeln und weitere Schritte zu unternehmen.

Die EVP fordert, die Außengrenzen der EU für illegale Migration zu schließen, indem insbesondere die Verbindung zwischen den Rettungsaktionen auf See und dem Zugang zum EU- Territorium unterbrochen wird - im Einklang mit internationalem Recht.

Legaler Zugang kann nur Flüchtlingen offenstehen, die nach dem Völkerrecht wirklich schutzbedürftig sind. Unser Vorschlag zum Resettlement der EU enthält gemeinsame Verfahren für die Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittländern. Dazu gehören gründliche Sicherheitskontrollen und Auswahlverfahren, damit wir den Schwächsten Schutz bieten können und gleichzeitig Schleuserouten schließen. In Anbetracht der derzeitigen Sicherheitslage und der anhaltenden Gefahr durch die Rückkehr von IS-Kämpfern ist es von größter Bedeutung, die Identität jeder einzelnen Person, die in die Union einreist, zu überprüfen. Eine Priorität der EVP ist die Einführung der Fingerabdruckdatenbank für Asylbewerber, der so genannten EURODAC, in der gesamten EU. Dieses System ermöglicht es den Mitgliedstaaten, die Daten von Personen, von denen angenommen wird, dass sie sich illegal in der EU aufhalten, zu speichern und abzurufen und ihre Rückkehr in ihre Herkunftsländer so zu erleichtern. Dieses EURODAC-System ist ein großer Erfolg unserer politischen Familie - und es muss von allen Mitgliedstaaten genutzt werden.

Auf der Grundlage von Frontex wurde eine europäische Grenz- und Küstenwache eingerichtet, die illegale Grenzübertritte zu Land und zu Wasser verhindern soll. Diese muss weiter gestärkt werden, um die Grenz- und Küstenwachen der EU Mitgliedstaaten, aber auch der Länder außerhalb der EU zu unterstützen. Die Europäische Grenz- und Küstenwache sollte auch eine stärkere Rolle bei der Rückführung illegaler Einwanderer spielen. Besonders stark betroffene Mitgliedstaaten sollten besondere Unterstützung erhalten insofern diese die Hilfe in Anspruch nehmen wollen. Wir wollen den Schutz unserer Außengrenzen verbessern, und um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir Personal und Finanzmittel bereitstellen. Die EU Mitgliedstaaten außerhalb des Schengen Raums, die bereits eine wichtige Rolle beim Schutz ihrer Außengrenzen eingenommen haben, sollten die notwendige Unterstützung der EU Partner erhalten.

Seit 2015 ist die Zahl der Neuankömmlinge dank einer Kombination aus wirksamen Grenzkontrollen und Abkommen mit Drittländern deutlich zurückgegangen. Gleichwohl riskieren immer noch zu viele Menschen ihr Leben, indem sie versuchen, illegal nach Europa zu gelangen. Deshalb müssen wir unsere Bemühungen um einen wirksamen Schutz unserer Außengrenzen konsequent fortführen.

2. Illegale Migration verhindern

Illegale Migration kann eine Quelle sozialer Spannungen sein und unsere Gesellschaften möglicherweise destabilisieren. Viele Bürger sorgen sich um Kriminalität und die Bedrohung, die von Terroranschlägen ausgeht. Während Kriege und Instabilität in Europas Nachbarschaft zu Flüchtlingsströmen, insbesondere aus dem Nahen Osten, geführt haben, hat illegale Migration - aufgrund fehlender wirtschaftlicher Möglichkeiten in den Herkunftsländern - stark zugenommen.

Durch einen koordinierten Ansatz und die Zusammenarbeit mit den Seestreitkräften der Mitgliedstaaten, der NATO und der Nachbarländer müssen die Menschenhändler, insbesondere im Mittelmeerraum, bekämpft werden. Die Entscheidung darüber, wer nach Europa kommen kann, darf nicht den Menschenhändlern überlassen werden.

Die Zusammenarbeit mit den Transitländern ist dabei von entscheidender Bedeutung: Zusammen mit der Schließung der „Balkanroute“ hat das Abkommen zwischen der EU und der Türkei wesentlich zur Bewältigung der Migrationskrise von 2015/2016 beigetragen. Allerdings sollte die EU die Situation der Menschen- und Bürgerrechte in der Türkei weiterhin genau verfolgen. Flüchtlinge auf der ganzen Welt haben das Recht auf Schutz, Sicherheit, Autonomie und Gleichbehandlung.

Ziel der EVP ist es, die Ursachen illegaler Migration zu bekämpfen; deshalb ist es wichtig, für die in Afrika lebenden Menschen eine Perspektive zu schaffen. Das nicht nachhaltige Bevölkerungswachstum des Kontinents, der Mangel an wirtschaftlichen Möglichkeiten, die Auswirkungen des Klimawandels sowie Korruption und schlechte Regierungsführung können nicht ignoriert werden: Aus diesem Grund wurde der EU-Treuhandfonds für Afrika ins Leben gerufen. Wir möchten Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen und die Stabilität und gute Regierungsführung in Afrika fördern. Wir müssen den Menschen in ihren Heimatländern helfen und ihnen Hilfe anbieten. Wir müssen in die Ziele der nachhaltigen Entwicklung investieren und gemeinsam mit den afrikanischen Ländern Pläne zur Verringerung des Bevölkerungswachstums entwickeln, auch durch Investitionen und den Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie durch die Stärkung der Rolle der Frauen und ihrer Rechte.

Eine engere Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern ist erforderlich. Die Europäische Migrationsagenda wurde geschaffen, um sicherzustellen, dass Drittländer illegale Migranten zurücknehmen und unter Einhaltung der humanitären Verpflichtungen wieder in ihre Gesellschaft eingliedern. Dies wird letztlich zur Senkung der Zahl der Neuankömmlinge beitragen. In Verbindung mit der Schaffung von Sicherheitszonen außerhalb der EU erhalten die Menschen zudem in der Nähe ihrer Heimatländer Schutz und können neue Hoffnung schöpfen. Nach Überzeugung der EVP hat die Europäische Union eine humanitäre Verpflichtung gegenüber Flüchtlingen. Daher sollte die EU Flüchtlinge unterstützen sowie ihre Rechte in Drittländern sowie Heimatländern schützen und fördern.

In Europa tragen wir eine gemeinsame Verantwortung. Darum setzt sich die EVP für eine Harmonisierung der nationalen Asylsysteme in den EU-Mitgliedstaaten ein, um sicherzustellen, dass Flüchtlinge in der gesamten EU gleichbehandelt werden. Ein solches Asylsystem muss natürlich unserer humanitären Verpflichtung, aber auch der Sicherheit unseres Kontinents und der Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaften Rechnung tragen. Deshalb muss zwischen Personen mit Recht auf Asyl und Wirtschaftsmigranten unterschieden werden. Es ist Aufgabe der EU-Mitgliedstaaten, über den besten Weg zur Integration von Personen zu entscheiden, denen sie Asyl oder den Flüchtlingsstatus gewährt haben. Ferner sollten die EU-Mitgliedstaaten eine wirksame Rückführung illegaler Migranten möglich machen. Die EU hat die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern bei der Rückführung und Rückübernahme erheblich verbessert. Dennoch sind weitere Schritte notwendig, denn eine glaubwürdige Rückführungspolitik ist ein wichtiger Bestandteil einer wirksamen Asylpolitik.

[cdH / BE: ersetze "Während anerkannt wird, dass das Recht auf Asyl Teil unserer internationalen Verpflichtungen ist, sollte das Recht auf Asyl von Einzelpersonen außerhalb der Grenzen der EU überprüft werden." mit "Das Recht auf Asyl ist Teil unserer internationalen Verpflichtungen. Allerdings könnte das individuelle Asylrecht außerhalb der EU-Grenzen überprüft werden, um "illegale" Einwanderung zu verhindern und Migranten vor den Gefahren der Reise zu schützen. "[1 Während anerkannt wird, dass das Recht auf Asyl Teil unserer internationalen Verpflichtungen ist, sollte das Recht auf Asyl von Einzelpersonen außerhalb der Grenzen der EU geprüft werden. Ein Missbrauch des Rechts auf Asyl ist zu verhindern. Die Umsetzung dieses Vorhabens wird einige Zeit in Anspruch nehmen, und es müssen viele Hindernisse aus dem Weg geräumt werden; wenn wir diese Herausforderungen jetzt nicht angehen, wird dies jedoch zu einer unhaltbaren Situation führen.

3. Bekämpfung des Terrorismus

Obwohl Terrorismus seit Jahrhunderten existiert, hat er erst kürzlich aufgrund seiner Dschihad-Variante begonnen, das Sicherheitsgefühl vieler unserer Bürger zu beeinflussen. Seit den Gräueltaten vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten wurden immer häufiger schwere Anschläge verübt, die darauf abzielen, eine möglichst hohe Zahl von Opfern und eine Atmosphäre der Angst zu erzeugen. Europa hat in den letzten Jahren zahlreiche Terroranschläge erlebt, für die der so genannte Islamische Staat (ISIS/Daesh) die Verantwortung übernommen hat. Aber auch andere islamistische Organisationen wie Al-Qaida sind weiterhin auf europäischem Boden aktiv. Die EU hat mit neuen Befugnissen zur Terrorismusbekämpfung für Europol, dem - seit Jahren von der politischen Linken und den Liberalen im Europäischen Parlament blockierten -Abkommen über Fluggastdatensätze und der Überarbeitung des Einreise-/Ausreisesystems für strengere Kontrollen an den Außengrenzen der EU reagiert. Außerdem erließ die EU neue Vorschriften zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und leitete entschlossene Maßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Schusswaffen und Sprengstoffen ein. Wir werden dafür

sorgen, dass auf allen Ebenen die Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus oberste Priorität hat.

Die Ausstattung der Polizei- und Sicherheitsdienste mit Finanzmitteln und Ressourcen muss verbessert, und die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten und den Nachbarländern müssen gestärkt werden. Erfolgreiche Grenzkontrollen setzen voraus, dass alle Mitgliedstaaten die Datenbanken mit relevanten und praxisbezogenen Informationen füttern. Es bedarf einer besseren Zusammenarbeit auf polizeilicher und nachrichtendienstlicher Ebene - auch wenn die Bekämpfung von Terrorismus und islamischem Extremismus an der Wurzel angegangen werden muss: Angesetzt werden muss zuallererst im Bereich Erziehung und Bildung. Wir sollten einen vernunftgeleiteten Islam in Europa mitgestalten und fördern, der die europäischen Werte und ihre kulturellen sowie philosophischen Grundlagen übernimmt. Darüber hinaus muss der Bekämpfung des islamischen Extremismus, der ein wichtiger Nährboden für den Terrorismus ist, erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wenn Einzelpersonen daran gehindert würden, ihre extremistische Ideologie zu verbreiten, gäbe es keinen Terrorismus. Scheinbar Gewaltfreier Extremismus, wie beispielsweise der Salafismus, stellt ebenfalls eine Bedrohung dar, weil er die Entstehung geschlossener Parallelgesellschaften fördert und die Feindseligkeit gegenüber der Bevölkerungsmehrheit und sogar gegenüber Muslimen verstärkt. Die Empfänglichkeit für eine gewaltfreie Form des Extremismus ist oftmals eine Übergangsphase, der eine weitere Radikalisierung und im Laufe der Zeit sogar eine Akzeptanz dschihadistischer Ideen folgt. Daher sollten diese Ideologien in unseren Gesellschaften keinen Platz haben und auf allen Ebenen bekämpft werden. Soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter und YouTube sind für islamistische Gruppen wichtige Werkzeuge zur Radikalisierung von Einzelpersonen und zur Verbreitung ihrer hasserfüllten und intoleranten Propaganda. Deshalb sollten Internetplattformen genau überwacht werden. Die Radikalisierung im Internet und über soziale Medien sollte weiterhin bekämpft und verhindert werden. Die Verhinderung der islamistischen Radikalisierung ist eine Herausforderung für unsere Gesellschaft als Ganzes. Aus diesem Grund sollten integrationspolitische Strategien entwickelt und umgesetzt werden, die auf die kulturelle und soziale Integration von Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft sowie auf die Unterstützung ihrer wirtschaftlichen Eingliederung in den Arbeitsmarkt abzielen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten deshalb Länder, die den islamistischen Terrorismus finanzieren oder unterstützen, sanktionieren und zudem größere Anstrengungen unternehmen, um gewaltfreien Extremismus zu bekämpfen.

4. Organisierte Kriminalität und Korruption bekämpfen

Korruption und organisierte Kriminalität gehen Hand in Hand. Sie stellen eine große Gefahr für den Frieden, den sozialen Zusammenhalt und letztlich die Freiheit dar und sind eine Bedrohung für die europäischen Bürger, Unternehmen, staatliche Institutionen und die Wirtschaft. Cybersicherheit ist ein weiterer Bereich von strategischer Bedeutung und großer Relevanz. Um zu einem echten gesamteuropäischen Ansatz zur Gewährleistung der

Cybersicherheit zu gelangen, sollte eine gemeinsame europäische Cybersicherheitsstrategie ausgearbeitet und umgesetzt werden. Hierfür ist ferner ein regelmäßiger Austausch auf hoher politischer Ebene zwischen den EU-Organen sowie zwischen den Mitgliedstaaten erforderlich. Die Bekämpfung des Drogenhandels muss weiterhin eine Priorität für unseren Kontinent sein. Nach Angaben von Europol stammt ein Fünftel aller Gewinne der organisierten Kriminalität aus dem Drogenhandel in Europa.

Korruption und organisierte Kriminalität gedeihen in einem Umfeld, in dem die Rechtsstaatlichkeit schwach ausgebildet ist und das Vertrauen der Bürger in die Behörden und andere Institutionen untergräbt. Häufig wird dies durch externe Faktoren, wie in den vergangenen Jahren durch Russland und einige Mitgliedstaaten der Europäischen Union, noch verstärkt.

Korruption kostet uns jedes Jahr 120 Milliarden Euro. Sie stellt ein Hemmnis für Handel und Investitionen sowie für die positive Entwicklung der Gesellschaft im Allgemeinen dar.

Organisierte Kriminalität hat unser Leben weniger sicher gemacht und zerstört oder kostet in allen EU-Mitgliedstaaten jährlich Tausende von Menschenleben.

Wir müssen die Korruption durch eine Verschärfung der Gesetzgebung und eine strengere Bestrafung der Täter bekämpfen. Die EVP und ihre Mitglieder bekennen sich außerdem klar zur Bekämpfung von Korruption und unethischem Verhalten in der Politik.

Entwurf des Positionspapiers 2 der EVP

Ein Europa für alle: wohlhabend und fair

Eine dynamische und wettbewerbsfähige Wirtschaft schaffen

Die Wirtschaft sollte den Menschen dienen, nicht umgekehrt. Europa braucht eine ambitionierte, wettbewerbsfähige und wachstumsorientierte Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft und unseren Bürgern einen hohen Lebensstandard bieten kann. Die EVP ist der Auffassung, dass eine dynamische Wirtschaft sich nicht nur auf Zahlen und Statistiken stützen darf, sondern darüber hinaus auch auf die Fähigkeiten, Talente und Innovationskraft aller ihrer Akteure. Es gibt vieles in Europa, worauf wir stolz sein können. Deshalb möchten wir einige positive aktuelle Trends hervorheben. Sowohl der Euroraum als auch die EU-Wirtschaft verzeichneten im Jahr 2017 ein Wachstum von 2,4 %. Im Juni 2018 lag die Arbeitslosenquote bei 6,3 % - der niedrigste Wert in der EU28 seit 2008. Diesen Weg möchte die EVP weitergehen. Eine dynamische und innovative Wirtschaft ist eine Wirtschaft, die besser auf die wichtigsten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts reagieren kann: eine Wirtschaft, die die Vorteile des digitalen Zeitalters nutzen kann, um Arbeitsplätze in allen gesellschaftlichen Sektoren zu schaffen, und die unseren Bürgern sozialen Schutz bietet. Wir wollen die Position Europas als wichtiger globaler Akteur stärken.

Die EVP will es nicht hinnehmen, dass Millionen junger Europäer von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die jungen Menschen von heute sind die Innovatoren und Wohlstandsschaffenden von morgen. Unser aller Zukunft hängt von ihnen ab. Die EVP wird nicht zulassen, dass eine „verlorene Generation“ junger Menschen eine dauerhafte Folge der jüngsten Krisen wird. In dieser Hinsicht werden wir bei der Gewährleistung einer besseren Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft insgesamt weiterhin eine führende Rolle spielen. Eine Gesellschaft der Teilhabe ist eine Gesellschaft, die an Generationengerechtigkeit glaubt; die von einer gerechten Wirtschaft geprägt ist, in der alle Generationen die gleichen Chancen auf Entfaltung ihres vollen Potenzials haben.

Wir stehen vor einem alarmierenden demografischen Wandel: einer alternden Bevölkerung und niedrigen Geburtenraten. Darauf müssen wir mit familienfreundlichen Maßnahmen **[FIDESZ / HU: füge hinzu „wie beispielsweise Steuervorteile für Familien mit Kindern“]** reagieren. Die Solidarität zwischen den Generationen ist dabei ein wichtiger Bestandteil. Unsere Wirtschaft ist zunehmend von Arbeitsplätzen abhängig, die ein höheres Qualifikationsniveau erfordern. Investitionen in die Qualität der Bildung und lebenslanges Lernen für alle sind entscheidend, um dieses Ziel zu erreichen.

In einigen unserer Länder fehlt es an ausreichend qualifizierten Arbeitskräften, während andere Länder von hoher Arbeitslosigkeit betroffen sind. Um dieser Situation abzuweichen,

fördern wir die effizientere grenzüberschreitende Mobilität von Arbeitnehmern innerhalb der EU. Seit 2005 herrscht in der EU die Ansicht, dass eine gesteuerte Migration dazu beitragen kann, die europäischen Volkswirtschaften mit Arbeitskräften zu versorgen, die über die benötigten Qualifikationen verfügen. Deshalb hat die EU die Richtlinien über die kombinierte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis und die 'blue card' beschlossen, um einen langfristigen Aufenthalt zu erleichtern und die Gewinnung hochqualifizierter Arbeitskräfte zu fördern. Während es unsere Priorität ist, den Bedarf der Wirtschaft an qualifizierten Arbeitskräften durch Unionsbürger zu decken, brauchen wir ebenfalls ein zielgerichtetes Migrationskonzept unter Berücksichtigung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten in diesem Bereich.

Soziale Integration und bessere Möglichkeiten für alle europäischen Bürger

Wir wollen eine bessere Zukunft für alle unsere Bürger. Das ist unser oberstes Ziel. Doch obwohl Europa wieder ein Wachstum verzeichnet und neue Arbeitsplätze entstehen, haben die Wirtschaftskrisen des letzten Jahrzehnts viele Menschen, Familien und Gemeinschaften in Bedrängnis gebracht. Als Verfechter der sozialen Marktwirtschaft vertritt die EVP die Auffassung, dass nur durch eine wettbewerbsfähige und widerstandsfähige Wirtschaft, Chancengleichheit und eine integrativere Gesellschaft ein dauerhafter Aufschwung gewährleistet werden kann. Deshalb müssen integrative Politiken eingeführt werden, die allen Bürgern und allen gesellschaftlichen Schichten zugutekommen.

Für die meisten Bürger ist Arbeit nicht nur die wichtigste Einkommensquelle, sondern auch ein wichtiger Faktor für ein selbstbestimmtes Leben, der einen sehr guten Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung bietet. An die soziale Marktwirtschaft zu glauben bedeutet, an die Menschen zu glauben. Und es bedeutet, Menschen zu unterstützen, wenn sie in Not geraten sind, und sie mit Respekt zu behandeln, während sie in den Arbeitsmarkt zurückkehren. Darum unterstützt die EVP die Priorisierung aktiver politischer Maßnahmen, mit denen den Menschen eine schnellstmögliche Rückkehr ins Erwerbsleben ermöglicht wird. Um eine in hohem Maße wettbewerbsfähige Wirtschaft zu gewährleisten, in der es gerecht zugeht, ist in diesem Zusammenhang ein wirksamer sozialer Dialog von entscheidender Bedeutung. Nur die soziale Marktwirtschaft - nicht kurzfristige Ausgabenpolitik - kann ein sozial integratives und nachhaltiges Europa schaffen.

Im Zuge der Globalisierung und Digitalisierung ist die Arbeitswelt in stetigem Wandel begriffen. Sozialschutzsysteme, die auf funktionierenden Arbeitsmärkten basieren, stehen daher vor neuen Herausforderungen. In Übereinstimmung mit den Grundsätzen der europäischen Säule sozialer Rechte möchte die EVP sicherstellen, dass alle Arbeitnehmer unabhängig von ihrem Beschäftigungsstatus ausreichend von effizienten Sozialversicherungssystemen abgedeckt und im Falle wirtschaftlicher Unsicherheit unterstützt werden. Dies wird das Wohlergehen der betroffenen Personen und ihrer Familien verbessern und gleichzeitig den europäischen Volkswirtschaften und Gesellschaften insgesamt zugutekommen. Deshalb hat unser Vorschlag für den Zugang zur

Sozialen Sicherung zum Ziel, Menschen zu unterstützen, die aufgrund ihres Beschäftigungsstatus derzeit nicht ausreichend von den Sozialversicherungssystemen erfasst werden. Dazu gehören diejenigen, die nicht in einer normalen Vollzeitstelle arbeiten und diejenigen mit befristetem Vertrag.

Förderung eines freien, gerechten und auf Regeln beruhenden Handels

Europa ist ein Kontinent, dessen Wohlstand weitgehend auf dem Handel beruht. Handel ist ein entscheidender Beschäftigungsmotor in der EU, denn mehr als 30 Millionen Arbeitsplätze sind bereits vom Handel mit der übrigen Welt abhängig, das ist jeder siebte Arbeitsplatz. Als Einheit ist die EU die größte Volkswirtschaft der Welt, die über eine starke Stimme verfügt, wenn es darum geht, die Globalisierung auf der Grundlage unserer traditionellen Werte, wie demokratische Regierungsführung, Achtung der Menschenrechte, Gleichstellung von Frauen und Männern und Rechtsstaatlichkeit, zu gestalten. Die EVP erkennt an, dass viele europäische Bürger die berechtigte Sorge geäußert haben, dass Handelsabkommen - obgleich sie langfristig das Wachstum ankurbeln - kurzfristig einige negative Folgen haben könnten. Sie befürchten, dass in einer sich schnell entwickelnden Wirtschaft einige Menschen an den Rand gedrängt werden könnten. Um dieser Besorgnis Rechnung zu tragen, werden künftige Handelsabkommen gleiche Wettbewerbsbedingungen gewährleisten und Garantien wie regelmäßige Überprüfungsverfahren und bilaterale Ausschüsse umfassen. Diese befassen sich mit spezifischen Fragen wie Nachhaltigkeit, Schutz geografischer Angaben, öffentlichen Diensten und öffentlicher Auftragsvergabe.

Die Unterstützung eines freien, gerechten und auf Regeln beruhenden Handels durch die EVP steht im Einklang mit dem Bestreben, europäische Normen - z. B. in den Bereichen Produktsicherheit, Qualität und Nachhaltigkeit - zu erhalten und europäische Erzeugnisse zu fördern. Auf dem Weg zur Erreichung dieses Ziels wird die EVP keine Kompromisse machen und keine niedrigeren Standards oder niedrigere Schutzniveaus akzeptieren. Vielmehr werden wir uns dafür einsetzen, dass die Standards auf EU-Ebene zu den etablierten Handelsnormen des 21. Jahrhunderts werden. Um dies zu erreichen, müssen Handelsabkommen geschlossen werden, die demokratisch legitimiert sind. Die EVP unterstützt die Bemühungen der Europäischen Kommission, so viele Informationen wie möglich zur Verfügung zu stellen, ohne die Verhandlungsposition der EU in Handelsgesprächen zu untergraben. Wir bekräftigen die Rolle des Europäischen Parlaments und des Ministerrates bei der Gewährleistung einer erweiterten Rechenschaftspflicht und größeren Transparenz in diesem Prozess.

Es ist wichtig zu betonen, dass die EVP durch robuste Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen entschlossen gegen unfaire Handelspraktiken vorgehen wird. Handelspolitische Schutzinstrumente und ein Rahmen für die Überprüfung staatlich gelenkter ausländischer Direktinvestitionen müssen dazu genutzt werden, das Engagement der EU für offene Märkte und einen gerechten und auf Regeln beruhenden Handel aufrechtzuerhalten. Dies schließt auch das Steuerdumping von Drittländern ein. Wir

möchten sicherstellen, dass die Verfahren eingehalten und die Interessen der EU berücksichtigt werden.

Wie der Brexit gezeigt hat, ist die Europäische Union als Ganzes bei der Aushandlung von Handelsabkommen viel erfolgreicher. Einzelne Mitgliedstaaten können nicht gegen einen globalen Riesen wie China bestehen. Wenn wir geeint bleiben und an unseren Prinzipien festhalten, können wir global erfolgreich sein.

Die digitale Wirtschaft sowie Forschung und Entwicklung

Die digitale Wirtschaft verändert unsere Gesellschaft, unsere Industrie und unsere Wirtschaft. Sie verändert die Art und Weise, wie wir kommunizieren, Geschäfte tätigen, Waren herstellen, Dienstleistungen erbringen und reisen. Der Wegfall von Arbeitsplätzen durch die voranschreitende Digitalisierung sollte durch das Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen neuer Geschäftsmodelle, wie beispielsweise der Sharing Economy, ausgeglichen werden. Dennoch können Anpassungsphasen dazu führen, dass sich einige Bürger Sorgen um ihre Zukunftsaussichten machen. Vor diesem Hintergrund unterstützt die EVP die Strategie der Europäischen Kommission für den digitalen Binnenmarkt und setzt sich weiterhin für einen ambitionierten Ansatz bei der Umsetzung durch die Mitgliedstaaten ein. Ziel sollte ein wirklich einheitlicher Rechtsrahmen in allen Mitgliedstaaten sein. Die EU-Strukturfonds sollten genutzt werden, um die Hochgeschwindigkeits-Internetversorgung in der gesamten EU zu verbessern. Darüber hinaus unterstützt die EVP Maßnahmen, die die bestehende digitale Kluft zwischen den Mitgliedstaaten beseitigen. Die EVP bekräftigt ferner ihre Überzeugung, entschlossen darauf hinzuarbeiten, dass alle Bürger über die Qualifikationen verfügen, die sie benötigen, um in der digitalen Wirtschaft erfolgreich zu sein. Der Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung, einschließlich Umschulungsmaßnahmen und lebenslanges Lernen, ist für die Bürger, einschließlich älterer Arbeitnehmer, der beste Schutz, wenn sie mit dem transformativen Charakter der Digitalisierung von Arbeitsplätzen konfrontiert sind. Gleichzeitig sind wir uns bewusst, dass die Digitalisierung die Notwendigkeit von sozialem Kontakt, Vertrauen und ortstypischen Werten nicht ersetzen kann und auch nicht zu einer Diskriminierung von Bürgern führen sollte, die (aufgrund von Alter, Gebrechen oder aus sonstigen Gründen) nicht zur Nutzung digitaler Werkzeuge in der Lage sind.

Um die Position Europas in der Weltwirtschaft weiter auszubauen, muss die Erhöhung unserer Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) eine der wichtigsten Prioritäten sein. Dies wird es europäischen Unternehmen, kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), Einzelunternehmern und letztlich allen europäischen Bürgern ermöglichen, von neuen Technologien und effizienteren Produktionsmethoden zu profitieren. Derzeit geben die Vereinigten Staaten pro Kopf doppelt so viel für Forschung und Entwicklung aus wie die EU. Die EVP fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Investitionen in FuE deutlich zu erhöhen und Steuermodelle einzuführen, die höhere Investitionen und FuE-Ausgaben begünstigen. Des Weiteren bleiben wir bestrebt, Investitionen - auf der Grundlage eines Exzellenzkriteriums -

in Technologien der nächsten Generation zu fördern und Mechanismen wie Horizont 2020, die europäischen Struktur- und Investitionsfonds und den europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) zu nutzen, um die Forschung zu beschleunigen und weitere Innovationen zu fördern.

Dies setzt voraus, dass die EU über einen gut ausgestatteten, effizienten und flexiblen Haushalt verfügt, der es ermöglicht, Herausforderungen anzunehmen und zukünftige Chancen zu nutzen. Jeder ausgegebene Euro muss zur Verbesserung der Lebensqualität dienen und Wohlstand und Sicherheit bringen.

[ND / GR: füge hinzu: "In dieser Hinsicht sollten wir die öffentlichen und privaten Mittel für Forschungs- und Entwicklungsprogramme erhöhen, indem wir steuerliche Anreize für Forschungs- und Innovationsausgaben schaffen. Darüber hinaus sollte die EVP Forschung und Bildung ständig mit dem Produktionsprozess verknüpfen. Die Umsetzung einer E-Government-Strategie ist erforderlich, um das Verfahren für die öffentliche Verwaltung zu beschleunigen und zu vereinfachen. "]

Stärkung des Binnenmarkts und des Euro

Wir glauben an unsere Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Sie hat in der Vergangenheit vielen europäischen Bürgern große Vorteile gebracht, und wir sind überzeugt, dass unsere Union auch in Zukunft eine Quelle des Wohlstands und der Stabilität bleiben wird. Die EVP unterstützt die Vollendung der WWU auf der Grundlage der Grundprinzipien Konvergenz, Fairness, Resilienz, Flexibilität und Solidarität. Vor allem die Grundsätze der Haftung und Kontrolle sowie Solidarität und Verantwortung dürfen nicht voneinander getrennt werden. Entscheidungen auf nationaler Ebene erfordern eine Haftung auf nationaler Ebene. **[CDU / DE: füge hinzu "Dies gilt insbesondere für Staatsschulden. Wir lehnen die Herausgabe von Euro-Bonds ab."]** Nur durch eine gesunde Bankenunion können wir die nationalen Haushalte umfassend davor schützen, zur Rettung von Finanzinstituten gezwungen zu werden. Wir brauchen eine europäische Einlagensicherung. Dies ist nur möglich, wenn die Risiken im europäischen Bankensystem deutlich reduziert wurden. **[CDU / DE: füge hinzu "Ein Teil davon ist die Reduzierung von faulen Krediten und des regulatorischen Privilegs von Staatsanleihen."]** Der Euroraum erfordert mehr politische Anstrengungen, um einen gut funktionierenden Binnenmarkt sicherzustellen. Grundsätzlich möchten wir von dem Ansatz des sektorbezogenen Aufbaus der Binnenmärkte wegkommen. Unsere Zukunftsvision beinhaltet eine Betrachtung aller Sektoren in allen Mitgliedstaaten als Teil des europäischen Binnenmarkts.

Steuerhinterziehung verhindern

Das Modell der sozialen Marktwirtschaft stützt sich auf den Grundsatz, dass ein jeder seinen Teil dazu beiträgt, die Dienstleistungen zu erbringen, von denen wir alle profitieren. Allgemein müssen alle Unternehmen unabhängig von ihrer Größe oder Herkunft gleichbehandelt werden. Es darf keine Schlupflöcher geben, die bestimmten Unternehmen

oder Einzelpersonen finanzielle oder andere Vorteile verschaffen, die nicht allen zugänglich sind. Wir müssen gegen Steuerhinterziehung vorgehen, um Steuergerechtigkeit herzustellen und zu verhindern, dass wenige Bürger die Lasten tragen für Leistungen, die viele Bürger erhalten. Die EVP erkennt an, dass die Besteuerung in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten fällt; gleichwohl muss die EU auch zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung beitragen. Die EVP fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass in ihren nationalen Steuersystemen alle Unternehmen und Einzelpersonen auf der Grundlage des Gleichbehandlungsgrundsatzes gerecht behandelt werden, und sicherzustellen, dass Steuern dort gezahlt werden, wo Gewinne erzielt werden, und gleichzeitig eine Doppelbesteuerung vermieden wird. Wir fordern zudem sowohl die Mitgliedstaaten als auch die Europäische Kommission auf, bei den internationalen Anstrengungen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung eine Führungsrolle zu übernehmen, u. a. mit Hilfe von Organisationen wie beispielsweise die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). [ND / GR: füge hinzu "Zur Bewältigung von Steuerhinterziehungsproblemen ist es notwendig, die Zusammenarbeit und Harmonisierung der Steuerregelungen auf europäischer Ebene und den automatischen Informationsaustausch zu verbessern, grenzüberschreitende Steuerhinterziehung rascher und effizienter zu bewältigen, strengere Vorschriften zu erlassen und effektivere Rahmenbedingungen für den Umgang mit Steueroasen, die missbräuchliche Steuerpraktiken fördern und Steuerregelungen für die digitale Wirtschaft auf globaler Ebene ausrichten, einzuführen. "]

Den Preisanstieg bekämpfen und eine aufstrebende Mittelschicht unterstützen

In einigen Mitgliedstaaten steigen die Kosten für den Kauf oder die Miete eines Hauses schneller als die Einkommen an. In anderen Mitgliedstaaten ist die Steuerlast für Familien aus der Mittelschicht infolge der Wirtschaftskrisen des letzten Jahrzehnts deutlich gestiegen. Viele junge Menschen haben heutzutage Angst, unter schlechteren Lebensbedingungen zu leben als die Generation ihrer Eltern. Mit Blick auf die Bekämpfung dieser Probleme bekräftigt die EVP ihre Überzeugung, dass allen Bürgern die Möglichkeit gegeben werden sollte, durch harte Arbeit und privatwirtschaftlichen Unternehmungsgeist einen höheren Lebensstandard zu erreichen. Die EVP unterstützt die Vision, eine aufstrebende Mittelschicht als Schlüsselkomponente der Gesellschaft wiederherzustellen und die Senkung der steuerlichen Belastung von Arbeit zu unterstützen, um Wachstum und Investitionen zu fördern.

Entwurf des Positionspapiers 3 der EVP

Ein nachhaltiges Europa

Wir haben nur einen Planeten, auf dem wir leben können, und wir müssen mit seinen begrenzten Ressourcen - um der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen willen - verantwortungsbewusst und nachhaltig umgehen. Mit dem Übereinkommen von Paris und den Zielen für nachhaltige Entwicklung der UN Agenda 2030 wurden die Rahmenbedingungen für eine nachhaltigere Zukunft geschaffen. Die Europäische Volkspartei wird die Vorreiterrolle der Europäischen Union bei der Förderung dieser Politik auf globaler und nationaler Ebene - eine Politik auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft - weiterhin unterstützen. In diesem großen Bereich spielt die Europäische Union eine Schlüsselrolle, wenn es darum geht, die Sorgen unserer Bürger ernst zu nehmen und ihr Leben zu verbessern.

Engagement für die Bekämpfung des Klimawandels

Während die Sorge um zukünftige Generationen berechtigt ist, sind die Auswirkungen des Klimawandels bereits heute spürbar. Wir möchten, dass die Europäische Union unsere Partner zu einer Verstärkung ihrer Ambitionen bewegt.

Intern begrüßt die EVP die Annahme der EU-Ziele zur Verringerung der CO₂-Emissionen bis 2030 sowie die Annahme der Rechtsinstrumente, die zu ihrer Erreichung im industriellen, nichtindustriellen und forstwirtschaftlichen Bereich erforderlich sind. Ein wirksamer Kohlenstoffpreis in Verbindung mit einem angemessenen Schutz vor der Verlagerung von CO₂-Emissionen wird entscheidend sein, damit diese politischen Maßnahmen das richtige Gleichgewicht und die richtigen Anreize für Investitionen in CO₂-arme Lösungen bieten und unser Energiesystem der Zukunft gestalten können. Die Ziele müssen mit einer besseren Koordinierung einhergehen, weshalb die EVP alle Regierungsebenen zur Zusammenarbeit mit den relevanten Interessengruppen wie Bürgern, Unternehmen, Hochschulen und NROs ermutigt. Die EVP unterstützt alle Anstrengungen zur Umsetzung eines wirksamen Kohlenstoffpreises auf internationaler Ebene oder zumindest in der Gruppe der 20 (G20).

Die Auswirkungen der globalen Erwärmung werden in den bereits gefährdeten Regionen am stärksten zu spüren sein. Der Klimawandel wird in den Entwicklungsländern zu mehr Armut, Migrationsdruck und Konflikten führen.

Den Weg zu einem saubereren Übergang ebnen

Energieerzeugung und -verbrauch sind für etwa zwei Drittel der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. 55 % der Emissionen in der EU stammen aus dem Energiesektor. Ehrgeizige, aber realistische und flexible Ziele für die Nutzung erneuerbarer Energien und die Energieeffizienz, auch in Gebäuden, sind im nächsten Jahrzehnt

entscheidend, damit die EU ihre Kohlendioxidreduktionsziele erreichen kann. Um die Klima- und Energieziele der EU zu erreichen, werden erhebliche Investitionen erforderlich sein, die einen wesentlichen Beitrag zur Dekarbonisierung der gesamten Wirtschaft leisten werden. Daher muss unbedingt sichergestellt werden, dass diese Investitionen sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene zu möglichst geringen Kosten getätigt werden. Die EVP unterstützt die Beschleunigung der Schaffung einer Energieunion und die verbesserte Nutzung CO₂-armer Energie, um die Abhängigkeit der EU von Energieimporten aus instabilen Regionen im Einklang mit dem Recht der Mitgliedstaaten, ihren Energiemix selbst festzulegen, zu verringern. Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass alle Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Dekarbonisierung ihres Energiesektors ergreifen und dass die Union diesen Übergang erleichtert.

Die EVP wird dem Markt Spielraum für langfristige Planungen und Investitionen in Innovationen geben. Es bedarf einer strategischen Vision für die Industriepolitik der EU, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie während des Übergangs von fossilen Brennstoffen zu einer CO₂-armen Wirtschaft zu gewährleisten. Mithilfe von Technologien zur Abscheidung, Speicherung und Wiederverwendung von CO₂ kann die Verringerung der CO₂-Emissionen weiter vorangetrieben werden; in Regionen, die noch von Kohle abhängig sind, werden diese Technologien unerlässlich sein. Darüber hinaus könnte kohlenstoffarmer Wasserstoff eine wichtige Rolle bei der Dekarbonisierung des Energie- und Industriesektors spielen. Die soziale Dimension des Übergangs darf nicht ausgespart werden. Deshalb wird die EVP Umschulungsprogramme fördern, damit die Bürger im Laufe der technologischen Entwicklung ihre Qualifikationen anpassen können.

Auf dem Weg zu einer CO₂-armen Mobilität

Der Verkehrssektor ist für ein Viertel der Treibhausgasemissionen in der EU verantwortlich, und im Gegensatz zu anderen Sektoren haben die Emissionen in diesem Sektor in den letzten Jahren zugenommen. Nach Ansicht der EVP verfügt der Straßenverkehrssektor der EU über ein enormes Potenzial für Kraftstoffeffizienz, saubere und CO₂-arme Innovationen im Einklang mit realistischen Vorschlägen zur Verringerung der CO₂-, Stickoxid- und Feinstaubemissionen, um einen langfristigen Wandel voranzutreiben. Darum streben wir eine nachhaltige, energieeffiziente und umweltschonende Mobilität an. Die Entwicklung einer großen Zahl vielversprechender neuer Technologien schreitet rasant voran, darunter die Elektrifizierung von Fahrzeugen, die Nutzung von Wasserstoff oder die modernen Biokraftstoffe. Eine Patentlösung gibt es jedoch nicht, und anstatt auf eine einzige Technologie zu setzen, sollten nach Ansicht der EVP der Markt und die Verbraucher den erfolgreichen Ansatz bestimmen. Darüber hinaus ist nicht sicher, ob angesichts des unterschiedlichen „Energiemixes“ alle Technologien für alle Mitgliedstaaten geeignet sind. Deshalb sind sämtliche Konzepte für eine CO₂-arme Mobilität zu prüfen. In diesem Sinne ist es unerlässlich, verschiedene Arten des Güterverkehrs zu kombinieren und dem Nicht-Straßenverkehr, wie beispielsweise dem

Schiene- und Schiffsverkehr, den Vorzug zu geben. Eine solche Verlagerung auf umweltfreundlichere und energieeffizientere Verkehrsträger kann dazu beitragen, die allgemeinen Umweltauswirkungen des Verkehrssektors zu verringern. Intelligente Städte und eine effiziente Stadtplanung, die „Sharing Economy“ oder die Fortschritte im Bereich der selbstfahrenden Technologie werden eine weitere Abnahme der Verkehrsemissionen bewirken. Nach Ansicht der EVP soll sich die EU dafür einsetzen, die internationalen Anstrengungen zur Eindämmung der Emissionen aus dem Luft- und Seeverkehr zu verstärken. Im Anschluss an diese globale Maßnahme ist ein starkes Engagement auf EU-Ebene erforderlich, um zu gewährleisten, dass diese Sektoren weiterhin zur Erreichung der europäischen Klimaziele beitragen.

Schaffung einer Kreislaufwirtschaft

Technologische Entwicklungen haben den Weg für die Schaffung einer Kreislaufwirtschaft geebnet, in der Abfall eine wertvolle Ressource sein kann. Damit Produkte im Umlauf bleiben und nicht weggeworfen werden, muss der Lebenszyklus eines Produkts von der Herstellung bis zum Ende seiner Verwendung geplant werden. Die EVP begrüßt die jüngste Annahme von Rechtsvorschriften zur Steigerung der Recyclingquoten und zur Begrenzung der Deponierung, um zu verhindern, dass in der EU 2,5 Mrd. Tonnen Rohstoffe weggeworfen werden. Darüber hinaus können 80 000 neue Arbeitsplätze geschaffen und ein Wirtschaftswachstum in Milliardenhöhe erreicht werden.

Der wachsenden öffentlichen Besorgnis angesichts der Verschmutzung durch Kunststoffabfälle, insbesondere in den Weltmeeren, ist weiter Rechnung zu tragen. Die EVP wird Initiativen unterstützen, um sicherzustellen, dass alle Kunststoffverpackungen auf dem EU-Markt bis Ende des nächsten Jahrzehnts recycelbar sind. Der Verbrauch von Einweg-Kunststoffen wird reduziert und der absichtliche Einsatz von Mikrokunststoffen eingeschränkt. Die Entwicklung einer Bioökonomie wird die Wirksamkeit der Maßnahmen der EU zur Verringerung der Abfallmenge erhöhen. Zugleich wird ihre Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und die Entstehung entsprechender Arbeitsplätze begünstigt. Ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft ist die Sicherung der Trinkwasserqualität. Da es sich bei den enormen Abfallmengen und der Verschmutzung durch Kunststoffe um globale Probleme handelt, begrüßt die EVP eine verstärkte internationale Zusammenarbeit in diesen Bereichen.

Nachhaltige Landwirtschaft

Die Rolle der europäischen Landwirtschaft ist es, unseren Bürgern eine ausreichende Anzahl an sicheren und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln zu angemessenen Preisen zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig ein tragfähiges landwirtschaftliches Betriebseinkommen sicherzustellen, indem die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors verbessert und die ländlichen Gebiete der EU entwickelt werden. Die EVP unterstützt den derzeitigen Übergang zum Modell einer nachhaltigeren Landwirtschaft, dessen Schwerpunkt auf einer qualitativ hochwertigen

Produktion bei geringerem Flächen-, Wasser- und Energieverbrauch und gleichzeitiger Senkung der Emissionen und Anpassung an den Klimawandel liegt. Dank der künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik wird es den landwirtschaftlichen Betrieben weiterhin möglich sein, Boden, Wasser und Luft in der EU zu schützen, die biologische Vielfalt zu bewahren und den Tierschutz zu verbessern. Der nachhaltige Einsatz von Pestiziden sollte im Einklang mit einer wissenschaftlich fundierten Politik weiter in die landwirtschaftlichen Verfahren eingebettet werden. Die künftige Gemeinsame Agrarpolitik soll sicherstellen, dass die landwirtschaftlichen Betriebe eine angemessene Unterstützung erhalten, um diese Ziele zu erreichen. Die Ausrichtung auf eine gesunde Ernährung wird dazu beitragen, Fettleibigkeit und Unterernährung zu bekämpfen. Zugleich ist es für die EVP von entscheidender Bedeutung, dass unsere Bürger in allen Mitgliedstaaten in den Genuss der gleichen Lebensmittelqualität kommen. Intelligente Landwirtschaft und Präzisionslandwirtschaft können die Ökologisierung der Landwirtschaft vorantreiben, indem sie die Entstehung neuer Arbeitsplätze im ländlichen Raum bewirken und so einen Generationswechsel ermöglichen.

Schaffung von grünen Arbeitsplätzen und Förderung von Innovationen

Der Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft stellt für die EU eine große Chance dar. Investitionen in industrielle Innovationen und saubere Technologien werden Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit ankurbeln, zukunftsfähige Qualifikationen fördern und Millionen von Arbeitsplätzen schaffen. In diesem Zusammenhang ist es von wesentlicher Bedeutung, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten eine zielgerichtete Ausbildung unterstützen und insbesondere eine Politik fördern, die zum Ziel hat, mehr Frauen in diese Ausbildungsbereiche zu bringen. Die EVP möchte, dass die europäischen Industrieunternehmen in Europa bleiben und den Wandel vorantreiben. Durch die Förderung von Forschung und Entwicklung kann die EU in die Lage versetzt werden, zu unseren Wettbewerbern aufzuschließen und Weltmarktführer für Innovation zu werden. Die Umsetzung von Energieeffizienz und die Senkung der CO₂-Emissionen werden zu Kostensenkungen und Einsparungen führen, die eine weitere Ankurbelung unserer Wirtschaft bewirken werden. Die EVP wird dafür sorgen, dass kleine und mittlere Unternehmen für den Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft gewappnet sind und die erforderlichen neuen Qualifikationen erwerben können. Der nächste EU-Haushalt sollte auch diese Prioritäten mitberücksichtigen.

Entwurf des Positionspapiers 4 der EVP

Ein Europa, das unsere Werte und Interessen weltweit verteidigt

In einer sich verändernden Welt, in der die sicherheitspolitischen Herausforderungen zunehmen, erwarten die europäischen Bürger von der Union einen besseren Schutz vor Bedrohungen. Die EVP hat sich stets für eine Intensivierung der euro-atlantischen Zusammenarbeit sowie für eine Stärkung der Rolle der EU in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit eingesetzt. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Europäer in einer zunehmend instabilen Welt mehr denn je ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen müssen. Wir brauchen eine europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion, die sich mit aktuellen und künftigen Bedrohungslagen befasst und unseren Schutz dabei in den Mittelpunkt stellt, gegen Bedrohungen der Sicherheit unserer Nachbarländer vorgeht und zur Lösung globaler Sicherheitsprobleme beiträgt. Und dies müssen wir in Abstimmung mit unseren transatlantischen Partnern und der NATO tun.

Unsere Werte sind unsere Interessen

Die Europäische Union wurde auf Grundsätzen gegründet, die zum Ziel haben, Frieden, unsere Lebensweise, Demokratie, Wohlstand, Gleichberechtigung und Menschenrechte zu sichern. Die einzig sichere Welt ist eine multilaterale, auf Regeln beruhende Welt. Diktaturen und autoritäre Regime haben diese Werte nicht und werden daher immer eine Quelle von Instabilität und Unberechenbarkeit sein und die auf Regeln beruhende Weltordnung untergraben. Die Unterstützung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sowohl innerhalb der EU als auch weltweit, muss weiterhin ein Kernbestandteil unserer Politik sein. Darüber hinaus kann der schwindende Raum für die Zivilgesellschaft in autoritären Ländern eine Gefahr für unsere eigene Freiheit darstellen. Wir sollten darauf hinarbeiten, die Ausbreitung des Autoritarismus aufzuhalten und seinen Einfluss in unseren eigenen Gesellschaften zurückzudrängen. Eine globale Unterstützung der Demokratie kann durch die Entwicklung engerer Beziehungen zur Zivilgesellschaft über Organisationen wie beispielsweise dem Europäischen Fonds für Demokratie erfolgen. Außerdem muss verantwortungsvolle Regierungsführung zu einem immer wichtigeren Bestandteil unserer Bemühungen um Stabilität in den betroffenen Regionen werden. Ohne Strategien für eine gute Regierungsführung werden demokratische Bewegungen weltweit entweder an Macht verlieren oder auf undemokratische Mittel zurückgreifen, um sie zu erhalten. Bei unseren Bemühungen müssen wir die Koordinierung mit unseren transatlantischen Partnern, insbesondere mit dem US-Kongress und der Zivilgesellschaft, mit befreundeten und demokratischen Regierungen auf der ganzen Welt sowie mit transnationalen Einrichtungen verstärken. Politische Konditionalität muss Bestandteil aller Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit unseren Partnern bleiben. Anreize zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit,

Demokratie und Bürgerrechten müssen in sämtliche Abkommen aufgenommen und anschließend umgesetzt werden.

Die eigene Stärke dient als beste Verteidigung

Heutzutage werden unsere Lebensweise, unsere Freiheit und unseren Wohlstand nicht nur von außen bedroht. Seit 2015 hat sich der dschihadistische Terrorismus zu einer internen und externen Bedrohung entwickelt. Verstärkt wird sie durch Akteure wie Al-Qaida und den IS, die in der Lage sind, weltweit zuzuschlagen. Eine weitere aufkommende Bedrohung zeigt sich in Gestalt von Versuchen, unsere Politik und Gesellschaft durch politische Korruption, Cyberkrieg, Desinformation und die direkte oder indirekte Unterstützung von Parteien und Bewegungen zu beeinflussen. Die Russische Föderation ist hierfür das deutlichste Beispiel, aber auch China, die Türkei und einige Golfstaaten haben begonnen, sich immer intensiver in die Politik der EU und ihrer Nachbarländer einzumischen. Das hat zur Folge, dass aus externen Herausforderungen interne Gefahren werden.

Die Verteidigung gegen diese neuen oder verschärften Bedrohungen muss zu Hause beginnen. Die Mitgliedstaaten sollten ihre Infrastruktur gegen Cyberangriffe verbessern und Cyberabwehrkapazitäten aufbauen. Die EU sollte dabei eine koordinierende Rolle übernehmen, „Best Practice“-Verfahren fördern und die bestehende Europol-Cyber-Einheit zu einer echten europäischen Cyberbrigade ausbauen, um die Fähigkeit zur Verteidigung zu verbessern. Dabei müssen unsere Kapazitäten auch die Bekämpfung von Informationskriegsführung umfassen. Ferner sollten die Mitgliedstaaten ihre strategischen Kommunikations- und Desinformationsbekämpfungskapazitäten ausbauen. Die EU selbst sollte ihr East Stratcom-Team im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) verstärken. Die geheimdienstliche und polizeiliche Zusammenarbeit muss intensiviert werden: Dies erfordert Initiativen zur Stärkung des Vertrauens zwischen den Mitgliedstaaten und ihren Behörden. Gewalttätiger politischer Extremismus und insbesondere islamistischer Extremismus müssen in allen Mitgliedstaaten mit mehr strategischer Weitsicht und Entschlossenheit bekämpft werden. Ausländische Investitionen, insbesondere von russischen und chinesischen Unternehmen, müssen gründlicher geprüft werden, insbesondere in Bereichen wie Medien, strategische Infrastruktur und Technologie. Die EU sollte ihre Überwachungskapazitäten in dieser Hinsicht verbessern, und die Mitgliedstaaten sollten sich Ratschläge von EU-Institutionen öfters zu eigen machen. Wirtschaftliche, diplomatische und politische Sanktionen, insbesondere gegen Einzelpersonen, müssen als Instrument genutzt werden, um gegen direkte externe Angriffe auf unserem Territorium vorzugehen.

Die Europäer werden mehr denn je zu ihrer eigenen Sicherheit beitragen müssen. Es sollten Strukturen für die zivile Unterstützung der Streitkräfte im Falle von hybriden Angriffen und Krieg vorbereitet werden. Die nordischen und baltischen Länder sind in dieser Hinsicht führend. Die militärische Mobilität in der gesamten EU sollte unter Berücksichtigung der

jeweiligen verfassungsrechtlichen Anforderungen der Mitgliedstaaten durch eine verstärkte Standardisierung der Verkehrsinfrastruktur gestärkt werden. Alle Mitgliedstaaten der EU sollten bestrebt sein, bis 2025 mindestens 2 % ihres BIP für Verteidigung auszugeben. Gleichzeitig begrüßen wir die Einrichtung des europäischen Verteidigungsfonds im Jahr 2017. Dies wird die Zusammenarbeit und Kosteneinsparungen zwischen den Mitgliedstaaten bei der Entwicklung modernster und interoperabler Verteidigungstechnologien sowie der Beschaffung von Ausrüstung fördern und zur Stärkung der europäischen Verteidigungsagentur (EDA) beitragen. Das kann wiederum zu einer effizienteren Verwendung der Gelder der Steuerzahler führen. Ferner müssen die Interventionskapazitäten der EU gestärkt werden: Darum benötigen wir eine gemeinsame Eingreiftruppe. Wir sollten auf dem System der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) aufbauen und es weiter ausbauen, damit wir im Bereich der Verteidigung zusammenarbeiten können. Dies beinhaltet auch die Schaffung besserer EU-Befehls- und Kontrollstrukturen. Wir brauchen einen integrierten Verteidigungsmarkt und eine wesentlich bessere Bündelung der in Forschung und Entwicklung fließenden Mittel. In einer späteren Phase des Brexit-Prozesses wird die Sicherheitszusammenarbeit, insbesondere bei Terrorismus und hybriden Bedrohungen, ein wichtiger Bestandteil der künftigen Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien sein. Die Koordination und Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU muss kontinuierlich und dauerhaft verbessert sowie vertieft werden, insbesondere im Hinblick auf Cyberkriegsführung und hybride Angriffe. Außerdem müssen wir an der Resilienz unserer Zivilgesellschaft arbeiten, und zwar mit Maßnahmen, die das Bewusstsein unserer Bürger für Sicherheit und Verteidigung schärfen und zur Stärkung unserer europäischen Werte beitragen.

Die Sicherheit unserer Nachbarländer trägt zur eigenen Sicherheit bei

Was in den östlichen und südlichen Nachbarregionen passiert, hat direkte Auswirkungen auf uns. Armut, Instabilität, Korruption, fehlende Rechtsstaatlichkeit, hybride Kriegsführung, schwelende Konflikte, Bürgerkrieg und eine große Zahl von Flüchtlingen stellen unmittelbare Herausforderungen für die europäischen Gesellschaften dar. Deshalb liegt es in unserem unmittelbaren Interesse, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie eine verantwortungsvolle Regierungsführung zu stärken und dabei die wirtschaftliche Entwicklung in unseren Nachbarregionen zu fördern.

Die EU-Politik, die zur Vorbereitung auf die Erweiterung in den westlichen Balkanstaaten dient, erfordert eine konsequente und faire Vorgehensweise. Dies setzt größere Wachsamkeit und eine Intensivierung der Zusammenarbeit, aber auch eine strenge Konditionalität voraus, die auf der Bekräftigung der in der Westbalkanstrategie der Europäischen Kommission niedergelegten Kopenhagener Kriterien beruht. Die Bekämpfung der Korruption, die Herstellung von Rechtsstaatlichkeit und die Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz sind wesentliche Voraussetzungen für den Beitritt zur Union. Wir beharren darauf, dass alle

Voraussetzungen für die Mitgliedschaft in der Union von den Beitrittskandidaten vollständig und nachhaltig erfüllt werden müssen. Die Bemühungen um Aussöhnung durch zivilgesellschaftliche Organisationen und die Förderung der grenzüberschreitenden und regionalen Zusammenarbeit durch Marktintegration müssen verstärkt werden. Den Versuchen externer Akteure, ihren Einfluss auszuweiten und die Lage zu destabilisieren, muss mit Wachsamkeit und stärkerem Engagement der EU begegnet werden.

Es müssen strategische Partnerschaften mit Staaten und Gesellschaften in Osteuropa aufgebaut werden. Die Ukraine muss bei ihren laufenden Anstrengungen zur Bekämpfung der russischen Aggression, zur Korruptionsbekämpfung, zur Reform der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung sowie zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit unterstützt werden. Die Aggression Russlands gegen seine Nachbarn muss von der Union mit einer entschlossenen und gemeinsamen Reaktion beantwortet werden. Notwendig sind sowohl militärische Stärke als auch ein konstruktiver Dialog mit Russland. Wir werden nicht zulassen, dass Russland die Rahmenbedingungen in der Region bestimmt.

Strategische Partnerschaften und eine projektbezogene Zusammenarbeit zwischen lokalen Gemeinschaften müssen auch mit unseren südlichen Nachbarn aufgebaut werden. Um die wirtschaftliche Entwicklung in den Partnerländern zu fördern, sollte der Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen Europa und dem Mittelmeerraum durch eine bessere Nutzung des Marktzugangs gestärkt werden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde von den Amerikanern der „Marshall-Plan“ eingeführt, um den Wiederaufbau der westeuropäischen Volkswirtschaften zu unterstützen. Dies hat wesentlich zum wirtschaftlichen Aufschwung unseres Kontinents beigetragen. Es half uns dabei, uns selbst zu helfen. In den kommenden Jahren und Jahrzehnten müssen wir eine Strategie entwickeln, die den Afrikanern hilft, sich selbst zu helfen. Diese Strategie soll ihnen die Möglichkeit geben, ihre Lebensbedingungen sowie ihre wirtschaftliche Entwicklung und Sicherheit zu verbessern, damit sie angesichts des rasanten Bevölkerungswachstums eine bessere Zukunft haben. Dieser Marshall-Plan für Afrika sollte auf Projekten in den Bereichen Sicherheit, verantwortungsvolle Regierungsführung, Ernährung, Gesundheit und Bildung fußen und die Einführung von Maßnahmen mit langfristiger Wirkung vorsehen, die auch den Interessen Europas auf dem Kontinent dienen. In der Zwischenzeit sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten ihre vertraglichen Verpflichtungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und ihre internationalen Verpflichtungen zur Erreichung des Ziels der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) von 0,7 % einhalten.

Im Angesicht neuer Herausforderungen an eine auf Regeln beruhende multilaterale Ordnung

Wenn wir zu einer Welt der miteinander konkurrierenden Großmächte und des Protektionismus zurückkehren, werden wir nicht in der Lage sein, unsere Freiheit und unseren Wohlstand zu bewahren. Ein freier, fairer Handel und wirksame multilaterale Institutionen

sind unverzichtbar. Die Welthandelsorganisation sollte das einzige zuständige Gremium für die Beilegung von Handelsstreitigkeiten sein. Es muss anerkannt und gestärkt werden. Das System der Vereinten Nationen bleibt trotz seiner Mängel unsere beste Garantie gegen einen Rückfall in eine gefährliche Welt, in der stärkere Länder der Welt ihre eigenen Regeln durchsetzen wollen. Deshalb sollten auch der Internationale Gerichtshof, der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag und andere multilaterale Institutionen von der EU konsequent unterstützt werden. Darüber hinaus muss das System globaler Verträge wie das Übereinkommen von Paris gestärkt werden. In all diesen Fällen sollten wir mehr Energie aufwenden, um unsere internationalen Partner, einschließlich der derzeitigen US-Administration, auf die Gefahren einer Schwächung der freiheitlichen Weltordnung zu sensibilisieren. In solchen Fällen müssen wir auch mit Gesetzgebern, Regionen und der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, um bei potenziell unkooperativen nationalen Regierungen ein Gegengewicht zu setzen.

Europa war der Ausgangspunkt für die Entwicklung von Freiheit und Fortschritt. Die Wurzeln dieser Entwicklung liegen im Judentum und Christentum, in der griechischen Philosophie und im römischen Recht, in der Aufklärung, im Humanismus sowie in der Anziehungskraft der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten: Das ist unsere „Soft Power“. Nun müssen wir „Hard Power“, also „harte“ Macht und zivil-militärische Kapazitäten aufbauen. Vor allem müssen wir die Gelegenheit beim Schopfe packen und unser neu gewonnenes Selbstverständnis nutzen, um ein sichereres Europa in einer sichereren Welt zu gewährleisten.